

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/10200, 17/10202, 17/10809, 17/10823, 17/10824, 17/10825 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013
(Haushaltsgesetz 2013)**

**hier: Einzelplan 09
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 09 02 wird der Soll-Ansatz des Titels 882 01 „Zuweisungen für betriebliche Investitionen [...] Gemeinschaftsaufgabe, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ um 14 Mio. Euro erhöht.

Berlin, den 19. November 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Begründung

Die Bedeutung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) wächst insbesondere durch das Auslaufen der Investitionszulage im Jahr 2013. Die GRW stellt dann das einzige Instrument des Bundes für die regionale Wirtschaftsförderung dar. Gerade die neuen Bundesländer, aber auch andere strukturschwache Gebiete, haben ein großes Interesse, Wettbewerbsnachteile gegenüber den Ballungszentren und Metropolregionen auszugleichen.

Eine weitere Schwächung der schon sehr geringen Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft wird den aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen nicht gerecht. Bei einer weiteren Kürzung der Wirtschaftsförderung im Rahmen der GRW um über 14 Mio. Euro käme es zum dritten Mal in Folge zu einer Absenkung des Titelansatzes: Von 610 Mio. Euro im Jahr 2011 auf 596 Mio. Euro im Jahr 2012 und auf nunmehr 582,7 Mio. Euro für das Jahr 2013. Dies bedeutet – vor allem in den neuen Bundesländern – erschwerte Rahmen-

bedingungen für dringend notwendige Investitionen. Dies ist nicht hinnehmbar, auch weil die Investitionszulage (Haushalt des Bundesministeriums der Finanzen) mit dem Jahr 2013 ausläuft und seit 2010 diese Zulage jährlich um 2,5 Prozentpunkte für Großunternehmen bzw. um 5 Prozentpunkte für kleine und mittlere Unternehmen verringert wird. Das Auslaufen der Investitionszulage sollte über die GRW kompensiert werden.

Ebenso sind weitere Kürzungen der Regionalförderung durch die europäischen Strukturfonds in Deutschland ab 2014 zu erwarten. Erste Anzeichen deuten darauf hin, dass einige Bundesländer ganz aus der Förderung herausfallen werden.

Die Auffassung der Bundesregierung, die GRW-Förderung zurückzufahren, wird nicht geteilt. Die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur ist ein Erfolgsmodell. Die Erfolgskontrolle bei den GRW-Förderungen weist als Ergebnis aus:

- a) Im Dreijahreszeitraum 2009 bis 2011 wurden mit rund 4,4 Mrd. Euro GRW-Mittel von Bund und Ländern ca. 22,6 Mrd. Euro Investitionen der Wirtschaft angestoßen.
- b) Nach der Förderung ist bei den Betrieben ein durchschnittlicher Beschäftigungszuwachs von 4,6 Prozent und ein Lohnzuwachs von 6 Prozent zu verzeichnen.
- c) Geförderte Betriebe haben einen deutlichen Wachstumsvorsprung. Die stärkste Dynamik zeigen Betriebe in den neuen Bundesländern.

Die zusätzlichen Finanzmittel sollen – wie bislang – für die Förderung der strukturschwachen Gebiete in den alten und neuen Bundesländern bereitgestellt werden.